

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Er erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Stetigjähriger Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Die Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Viertel-Jahresheft)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 33.

Berlin, Mittwoch, 23. April 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Verschmelzung der Arbeitgeberverbände. — Reichsmacht und Sozialreform. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Die Verschmelzung der Arbeitgeberverbände.

Die Gründung der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ durch Zusammenschluß der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände hat in der Öffentlichkeit etwas überrascht, da die Vorbereitungen ziemlich geräuschlos getroffen sind. Jetzt, nachdem sich das Erstaunen einigermaßen gelegt hat, wird der Vorgang in den beteiligten Kreisen lebhaft erörtert. Wie wir uns zu der Angelegenheit stellen, haben wir mehrfach dargelegt. Auch die eigentümliche Auffassung des „Vorwärts“ haben wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Darüber sind sich zweifellos die Arbeiterorganisationen aller Richtungen klar, daß der engere Zusammenschluß der Unternehmer für sie eine Mahnung ist, unablässig am Ausbau und an der Stärkung ihrer Organisation zu arbeiten.

Interessant ist, wie die Unternehmerpresse die Verschmelzung beurteilt. Die „Arbeitsberztg.“ gibt ihrer freudigen Genugtuung darüber Ausdruck, daß das schwere Werk der Einigung der deutschen Arbeitgeberverbände demnach die denkbar glücklichste Erledigung gefunden hat. Ein gewaltiger Werkausgang ist es, der sich unter das Banner der neuen Zentralorganisation schart; in vielen hundert Unterverbänden einen sich mehr denn 60 000 Arbeitgeber nicht nur zum Zwecke der Wahrung der persönlichen Interessen, sondern ebenso zu dem sachgemäßen Förderung des Interesses aller andern an der deutschen Gütererzeugung irgendwie beteiligten Kreise.“ Dabei sei gleich erwähnt, daß die Zahl der Arbeiter, die von den in der Vereinigung vertretenen Arbeitgebern beschäftigt werden, auf 2 Millionen geschätzt wird. Man rechnet mit einer Jahreseinnahme von rund 400 000 M., indem als Beitrag 20 vom Tausend des Lohnes der Arbeiter erhoben werden.

Man kann es verstehen, daß den Scharfmachern und der hinter ihnen stehenden Presse das Netz vor Freude lacht, daß dieser Zusammenschluß erfolgt ist. Daß es sich dabei hauptsächlich um die Schaffung eines stärkeren Widerstandes gegen die Arbeiterorganisationen handelt, liegt klar auf der Hand. So braucht man sich denn auch nicht zu wundern, daß die „Arbeitsberztg.“ deutlich durchdringt läßt, daß ein Hauptzweck der neuen Arbeitgeberzentrale auch die Förderung der gelben Gewerkschaften sein soll. Denn das Scharfmacherblatt jagt, daß auch die Interessen der Arbeiterschaft gefördert werden sollen, deren große Mehrheit nur widerwillig den Organisationsführern folge und von Herzen zufrieden wäre, wenn man es ihnen ver gönne, mit den Unternehmern in Ruhe und Eintracht zu leben. Nach dieser Richtung hin werde die neue Vereinigung höchst erfolgreich wirken.

„Sie wird nachdrücklich eintreten für den Schutz derer, die an den frivolen Störungen des Arbeitsfortschanges nicht teilzunehmen wünschen und dieserhalb daß und Verfolgung auf sich laden. Sie wird sich bemühen, fast der ihr beschriebenen Maßfülle sozial ausgleichend zu wirken, wo dies irgendwie erforderlich und möglich ist; sie wird den streikmüden Elementen den Weg weisen, auf dem diese zu unbeschränkter Entfaltung ihrer Kräfte und zu zweifelhafte r Nutzung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit gelangen können.“

Wer die Sprache der Scharfmacher kennt, der weiß, daß es sich hier um den Schutz der Gelben

handelt, in deren Stärkung auch eine Stärkung des Unternehmerinteresses erblickt wird. Aber auch die anderen Aufgaben, die der neuen Vereinigung von der „Arbeitsberztg.“ gestellt werden, müssen den Arbeitern die Augen öffnen. Auch die Arbeitsvermittlung soll „in einem der Förderung der industriellen und gewerblichen Leistungsfähigkeit zuträglichem Sinne“ geregelt werden. Das heißt mit anderen Worten, daß die Arbeitgeber versuchen sollen, den Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen, um ihn dann als Machtmittel gegen die Arbeiter zu mißbrauchen. Endlich ist die Rede von der „Unterjochung der Arbeitgeberkraft durch die Arbeiterorganisationen“, der jetzt machtvoll entgegenzuarbeitet werden könne. Alles in allem betrachtet die „Arbeitsberztg.“ den 5. April 1913, den Tag der Verschmelzung, als einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Unternehmerorganisationen, der den Anbruch einer neuen, besseren Epoche in der Entwicklung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte gewährleistet.

Na, so schlimm ist ja nun die Sache nicht. Indessen werden doch, wie wir bereits mehrfach gesagt haben, die Arbeiter alles daran setzen müssen, um sich in ihren Organisationen ein ebenbürtiges Gegengewicht zu schaffen. Leider steht dem die Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft durch das Dineinragen fremder Momente in ihre Standesbewegung hindernd entgegen. Wir haben auf diese traurigen Verhältnisse schon so oft hingewiesen, daß wir heute darauf verzichten wollen, unsere Meinung nochmals dazu zu sagen. Aber beachtenswert ist es doch, daß selbst eine Zeitung, wie das „Leipziger Tageblatt“, das den Unternehmern viel näher steht als den Arbeitern, bei einer Besprechung dieser Verhältnisse die Frage aufwirft:

„Wie wird sich die Arbeiterschaft zu der veränderten Sachlage stellen? Wird man nun auch auf dieser Seite die gemeinschaftlichen wirtschaftspolitischen Interessen über die durch die Verschärfenheit der politischen Anschauungen, der Konfession und der Rationalität hervorgerufene Sonderbündel stellen? Oder hofft man, daß auch die „Vereinigung der Arbeitgeber“ sich eines Tages noch in konfessionelle Arbeitgeberverbände spaltet? Die Gründung der „Vereinigung“ hat jedenfalls deutlich gezeigt, daß die wirtschaftlichen Interessen von fundamentaler Bedeutung sind und daß die politische Stellungnahme nur eine sekundäre Rolle spielt.“

Wenn doch diese Worte in recht weite Kreise der Arbeiter hineindringen möchten! Die Hoffnung hegt niemand, daß die Unternehmer ihre einseitige Organisation durch politische, konfessionelle oder nationale Momente zertrüben lassen. Dazu sind die Erfahrungen, die sie gemacht haben, viel zu gut. Leider ist auf Arbeitnehmerseite das Verständnis noch allzuwenig verbreitet, daß nur auf dem Wege, den die Arbeitgeber gegangen sind, der einheitliche Normkreis der Arbeiterbewegung möglich ist. Solange es Deutsche Gewerksvereine gibt, haben sie stets darauf hingewiesen, daß nur auf neutralem Boden alle Arbeiter zusammengeschlossen werden können. Das gibt auch das „Leipziger Tageblatt“ in obigen Sätzen zu erkennen. In der Arbeiterschaft aber selbst stehen diese Gedanken zurzeit leider unüberwindlich scheinenden Hindernissen entgegen. Für uns kann dies nur ein Ansporn sein, unsere Aufklärungsarbeit fortzusetzen, und wir hoffen, daß die Verschmelzung der Unternehmerräte mit dazu beitragen wird, auch in Arbeiterkreisen der Erkenntnis die Wege zu ebnen, daß wir eine starke Gegenorganisation gegen das Unternehmertum nur schaffen können, wenn wir lediglich das wirtschaftliche In-

teresse im Auge behalten, Politik, Religion und Rationalität aber aus unserer Bewegung ausschalten. Das soll nicht bedeuten, daß sich die Mitglieder der Arbeiterorganisationen um diese Dinge nicht kümmern sollen. Im Gegenteil, an all'n Fragen des öffentlichen Lebens sollen sie teilnehmen. Aber in den Organisationen haben Religion, Politik und ähnliche Dinge nichts zu suchen. Unermüdet werden die Deutschen Gewerksvereine in diesem Sinne ihre Aufklärungsarbeit weiterführen, und wie unsere Grundanschauungen sich sonst in der Arbeiterbewegung durchgesetzt haben, so wird es uns auch gelingen, schließlich die große Mehrheit der deutschen Arbeiter davon zu überzeugen, daß nur auf unserem Boden der politischen und religiösen Unabhängigkeit eine umfassende Organisation der Arbeiter möglich ist, mit der das geeinte Unternehmertum rechnen muß.

Reichsmacht und Sozialreform.

Unter dieser Ueberschrift behandelt Professor Dr. Franke in der „Soz. Praxis“ die große Gesetzesvorlage, die zurzeit in der Reichstagskommission beraten und von ihm selbst lebhaft befürwortet wird. Damit die neuen Kräfte getragen werden können, verlangt Prof. Franke nicht nur, daß sie gerecht verteilt werden, sondern daß auch die Leistungsfähigkeit des Volkes planmäßig und allseitig erhöht wird. Für die Verteilung der Lasten stellt er die Grundidee auf, daß sowohl der einmalige Wehrbeitrag wie auch die laufende Deckung von den Wohlhabenden, den Leuten mit sicherem Vermögen und gutem Einkommen getragen werden müssen. Weiter aber soll von der Finanzhoheit des Reiches nichts abgebrochen werden; das Reich soll nicht bittweise Kräftegänger der Einzelstaaten sein, sondern auf eigenen Füßen stehen. Das von Sozialpolitikern gegen die Militärvorlage erhobene Bedenken, daß im Klirren der Waffen und im Klingeln der Milliarden die Werbung für den Fortschritt der Sozialreform ungehört verhallen werde, weist Prof. Franke nicht von der Hand. Er gibt zu, daß vermutlich für die nächste Zeit ein Stillstand in der Sozialreform eintreten werde. Das sei bei ähnlichen Anlässen auch früher geschehen; immer aber habe nach einiger Zeit ein lebhafterer sozialer Fortschritt wieder eingeleitet. Im übrigen vertritt der Verfasser die Ansicht, daß die gewaltigen militärischen Rüstungen nur bei einer energiegelichen Sozialpolitik durchführbar seien. Dies wird in folgenden Sätzen zum Ausdruck gebracht:

„Eine starke Wehrmacht und ihre gewaltigen Geldforderungen können nicht auf ähernerer Füßen Bestand haben, sondern bedürfen als ehernen Unterbau ein gesundes, kräftiges, zahlreiches Volk und ein blühendes, ertragreiches Wirtschaftsleben. Diese bedauerliche Staatsnotwendigkeit, die der andauernde Geburtenrückgang besonders scharf einprägt, muß naturgemäß zu Maßnahmen führen, die unsern Nachwuchs an Söhnen und Töchtern kräftigen und mehrten und das Nationaleinkommen heben können. Wo sollen denn sonst auf die Dauer die Soldaten und die Millionen herkommen? Der planmäßige Kampf gegen alle Volksleiden, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Trunksucht, die Furcht vor Säuglingen und Kindern, die Verbesserung der Ernährung vor allem aber eine gründliche Wohnungsreform, die den wimmeln den Millionen der Städte Luft und Licht schafft — all dies sind gleichsam Ergänzungen, unerläßliche Folgerungen des Wehrbedarfs an Mannschaften und Offizieren in Meer und Flotte. Dieser Bedarf wird auch den Zwang zu innerer Kolonisation verstärken: wir haben jetzt schon eine Million Ausländer, die im Reichsbiete ständig leben, und eine weitere Million von fremden Arbeitern zieht alljährlich nach Deutschland herein. Wird durch die verstärkte Aushebung

für unsere Wehrmacht eine neue Lücke in die einheimische Arbeiterschaft gerissen, so ergibt sich wahr- scheinlich die Flut der Ausländer in Industrie und Landwirtschaft noch weiter. Dieser schweren nationalen Gefahr muß durch umfassende Anziehung von Bauernfamilien, durch Aufteilung von Domänen und Rittergütern, durch Urbarmachung der Moore und Weiden sowie durch Steigerung der Bodenerträg- nisse begegnet werden: „Auf freiem Grund mit freiem Volk leben!“

Das wäre Sozialreform in großem Maßstabe, und ihr schließen sich ganz von selbst alle die zahl- reichen Verbesserungen an, die Teile der einzelnen Volksguppen aus der Welt schaffen sollen. In der Sozialversicherung ist trotz der Reichsversicherungs- ordnung noch manches zu tun; wir nennen nur die Verabreichung der Jahresgrenze für Altersrentner, die Erhöhung mancher Renten, die Fürsorge für Mutter und Kind. Der Schutz für Kinder, Jugendliche, Er- wachsende in Industrie, Handel, Landwirtschaft, wird immer aufs neue Schäden und Gefahren für Leib und Leben ausräumen müssen. Die gewerbliche Er- ziehung und Fortbildung muß ebenfalls zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit vertieft und ausgedehnt wer- den. Der internationale Gleichstand der Arbeiter- beschickung und des Arbeiterschutzes erbet den Boden für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Der „Stachel der Notwendigkeit“, den der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika kürzlich laut geäußert hat, wird alle fähigen Köpfe der Unter- nehmer, Techniker, Ingenieure zu straffterer Betriebs- organisation, besserer Maschinerie, ertragsreicheren Arbeitsmethoden anspornen. Unter dem starken Banner des Reichs, das unserm Volk den Frieden währt und den Deutschen in der weiten Welt be- schämt, wird unser Gewerbetreiben weiter aufblühen und unser Weltstand steigen. Nach unserer festen Überzeugung kann es auch gar nicht ausbleiben, daß die organisierte Wehrkraft der Arbeiterschaft, welcher Art auch die Verbände immer seien, ein andauerndes Aufsteigen der Massen bewirkt, nicht nur die Verbesse- rung ihrer wirtschaftlichen Lage, sondern auch ihre geistige und sittliche Hebung. Und je stärker die An- spannung aller Volksträfte ist, die uns unsere politi- sche und geographische Situation aufzwingt, desto notwendiger wird sich auch der Ausbau eines Systems erweisen, das uns vor gewerblichen Kämpfen bewahrt und den inneren Frieden säubert. Dies Ziel aber kann nicht erreicht werden, ohne daß die Freiheit und die Rechtsgleichheit der Wehrkräfte mit der Autorität der Staatsgewalt verbunden wird. Nur auf diesem Wege ist eine Eingliederung der Arbeiterbewegung als gleichberechtigtes Glied in das Staatsleben möglich.

Wir wollen hier mit Professor Franke über die Notwendigkeit der friegerischen Rüstungen und über die Höhe der Forderungen nicht rechten; das würde über den Rahmen unserer Aufgaben hinaus- gehen. Als eine auf nationalem Boden stehende Organisation vertreten wir gewiß den Standpunkt, daß für die Eiderheit und den Bestand des Reiches alle Opfer gebracht werden müssen, die vom Volke ertragen werden können. Das würde uns aber nicht hindern, Kritik zu üben an den For- derungen, die jetzt an das deutsche Volk gestellt wer- den, und die unseres Erachtens weit über das Maß desjenigen, was notwendig ist, hinausgehen. In- dessen darauf kommt es hier nicht an. Wir wollen nur unsere Übereinstimmung zum Ausdruck bringen mit dem, was Prof. Franke über die so- zialpolitischen Aufgaben gesagt hat. In der Tat trifft alles das, was er in obigen Sätzen ausge- sprochen hat, zu. Es ist nur zu beklagen, daß bei den hohen Ausgaben, die jetzt für militärische Zwecke aufgewandt werden, die Sozialpolitik tief in das Hintertreffen gerückt wird und die Auf- gaben, die ihrer Lösung auf diesem Gebiete harren, unerledigt bleiben. Es sollte uns freuen, wenn diese Befürchtung ungerichtet wäre, aber wir teilen sie mit anderen erfahrenen Kreisen. Still- stand in der Sozialpolitik wäre gleichbedeutend mit Rücktritt. Der aber muß verhütet wer- den. Besteht doch ohnehin die Gefahr, daß uns in dieser Hinsicht andere Länder überflügeln.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 22. April 1913.

Bestrebungen und Erfolge des internationalen Arbeiterschutzes, so lautet das Thema, über das Professor Dr. Franke in einer von der Orts- gruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform für Freitag, den 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Viktoriabrauerei, Lüchow- straße 111/12 geplanten Versammlung sprechen wird. Dieser Vortrag dürfte erade jetzt auch in weiteren Kreisen das lebhafteste Interesse er- wecken, da der schweizerische Bundesrat diejenigen europäischen Regierungen, welche die beiden inter- nationalen Staatsverträge über das Verbot der in- dustriellen Nachtarbeit der Frau und das Verbot des weißen (gelben) Phosphors in der Bündholzwirtschaft abgeschlossen haben, sowie die- jenigen Länder, in denen überhaupt Arbeiterschut- zgesetzte bestehen, zu einer neuen Konferenz nach

Vern eingeladen hat, die im September d. Js. stattfinden soll. Auf dieser Konferenz soll eben- falls durch internationale Staatsverträge das Ver- bot der industriellen Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und eine Höchsttarbeitszeit für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre aus- gesprochen werden.

Wir können unsern Mitgliefern von Groß- Berlin nur dringend den Besuch jener Versamm- lung am Freitag empfehlen. Gewerkschaftsmit- glieder sind herzlich willkommen; ein Eintritts- geld wird nicht erhoben.

Der Verband für handwerksmäßige und fach- gewerbliche Ausbildung der Frau hält am 25. und 26. April im Charlottenburger Rathaus seine zweite Hauptversammlung ab. Den einleitenden Vortrag über „Das Interesse der Indu- strie an der fachgewerblichen Aus- bildung der weiblichen Arbeiter- schaft“ hat Dr. Rosa Kempf-Windchen über- nommen. Ueber andere einschlägige Fragen referieren hervorragende Fachleute. Männer und Frauen aller Stände, welche sich für die Bildungs- reform der gewerblichen Arbeiterinnen inter- essieren, sind herzlich zu der Generalversammlung eingeladen und werden um ihre Teilnahme gebeten. Der Verband der Deutschen Gewerkschaften steht diesen Beitreibungen ebenfalls freundlich gegenüber und gehört dem Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau als for- voratives Mitglied an. Kollegen und Kolleginnen, die es mit ihrer Zeit vereinbaren können, an den Verhandlungen teilzunehmen, kann der Besuch nur dringend empfohlen werden. Einladungen können ihnen vom Verbandsbureau zur Verfügung gestellt werden.

Ueber die Entwicklung des Kohlenbergbaues in Preußen während der letzten zehn Jahre geben die jochen erschienenen Jahresberichte der preu- ßischen Bergbehörden Auskunft. In den 5 preu- ßischen Oberbergamtsbezirken waren 1912 durch- schnittlich insgesamt 761 482 Arbeiter und Arbeit- rinnen beschäftigt (736 621 im Jahre 1911 und 741 951 im Jahre 1902). Gegen das Vorjahr ist mithin die Gesamtbeschäftigung um 25 461, gegen 1902 um 219 531 gestiegen. Von der Gesamt- beschäftigung entfallen auf den Oberbergamts- bezirk Dortmund 372 256 (353 902 bezw. 246 195), Breslau 170 052 (167 019 bezw. 123 416), Bonn 125 064 (125 605 bezw. 100 015), Halle 69 808 (67 136 bezw. 56 896), Claus- thal 24 302 (22 359 bezw. 15 429). Demnach hat die Gesamtbeschäftigung im Oberbergamtsbezirk Dortmund eine Zunahme um 18 354 bezw. 126 061, im Bezirk Breslau um 3033 bezw. 46 636, Halle um 2672 bezw. 12 912, Clausthal um 1943 bezw. 9873 erfahren, während im Bezirk Bonn ein Rückgang der Beschäftigung um 741 gegen das Vorjahr und eine Steigerung um 25 049 gegen 1902 zu ver- zeichnen war.

Die Gesamtzahl der im Bergbau beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte betrug 10 070 (1911 10 022, 1902 9687). Hiervon entfallen auf den Oberbergamtsbezirk Breslau 9003 (9018 bezw. 7949), Halle 818 (799 bezw. 709), Bonn 226 (192 bezw. 376), Clausthal 18 (12 bezw. 24), Dortmund 5 (1 bezw. 29). Die Zahl der jugendlichen Arbeiter stellte sich im Jahre 1912 insgesamt auf 27 623 (gegen 26 142 i. V. und 17 760 im Jahre 1902). Auf die einzelnen Ober- bergamtsbezirke verteilt sich diese Zahl wie folgt: Dortmund 12 866 (12 006 bezw. 8078), Bonn 5193 (5127 bezw. 3996), Breslau 7333 (6637 bezw. 3616), Halle 1763 (1634 bezw. 1632), Clausthal 468 (440 bezw. 438). An der Ge- samtzahl der jugendlichen Arbeiter ist das weibliche Geschlecht mit 1,78 Proz. (gegen 1,72 Proz. im Jahre 1911 und 4,2 Proz. im Jahre 1902) beteiligt.

Nach der amtlichen Lohnstatistik hat der ver- diente reine Lohn im Jahre 1912 auf eine Schicht der Gesamtbeschäftigung in Durchschnitt betragen: Oberbergamtsbezirk Dortmund 5,03 Mark (1911 4,69, 1902 3,82), bei Aachen 4,87 (4,59 bezw. 3,71), auf den staatlichen Saar- brücker Gruben 4,22 (4,06 bezw. 3,57), Oberschlesien 3,64 (3,48 bezw. 2,97), Niederschlesien 3,44 (3,30 bezw. 2,73), Be- zirk Halle (Braunkohlenbergbau) 3,78 (3,69) bezw. 2,94, Bezirk Halle (Salzbergbau) 4,34 (4,20 bezw. 3,58), Bezirk Clausthal (Salzberg- bau) 4,42 (4,29 bezw. —). Seit 1902 sind somit die Löhne im Dortmunder Revier um 1,21 Mk. pro Schicht = 31,68 Proz., im Aachener Revier um 1,16 Mk. = 31,27 Proz., im Saarrevier um 0,65 Mk. = 18,21 Proz., in Oberschlesien um 0,67 Mk.

= 22,56 Proz., in Niederschlesien um 0,71 Mk. = 26,01 Proz., im Braunkohlenbergbau des Bezirks Halle um 0,84 Mk. = 28,77 Proz., im Salzberg- bau des Bezirks Halle um 0,76 Mk. = 21,23 Proz. gestiegen.

Ein Arbeitsnachweisverband für die Provinz Ostpreußen. Am 14. d. Mts. fand im Landeshaufe zu Königsberg auf Einladung und unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns von Berg die Gründungsversammlung des ostpreußischen Ar- beitsnachweisverbandes statt, zu der Vertreter der Regierungsbehörden, vieler Städte und Kreise, so- wie der beruflichen Interessenvertretungen erwie- nen waren. Von allen Seiten wurde der Gedanke der Verbandsgründung freudig begrüßt und dem Verbands volle Unterstützung und Mitarbeit zuge- sichert. Unter einmütiger Zustimmung der Ver- treter von Stadt und Land, Landwirtschaft und In- dustrie wurde die Bildung des Verbandes beschlo- sen, und damit ist ein weiteres Glied in der Kette von Provinzial- und Landesarbeitsnachweisver- bänden geschaffen, deren Errichtung das Ziel des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise ist. Es freut nun zu hoffen, daß auch die noch fehlenden drei Provinzen Pommern, Westpreußen und Schlesien dem Vorgehen Ostpreußens bald folgen werden.

Schwere Vorwürfe gegen unsern Gewerbeverein der Bauhandwerker hat kürzlich der „Vorwärts“ erhoben, weil unsere Kollegen in Stolp selbständig einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Daß dieser Tarifvertrag den Arbeitern erhebliche Vor- teile bringt, kann nicht geleugnet werden. Die gelernten Arbeiter (Maurer und Zimmerer) er- halten eine Lohnerhöhung von 4 Pfa., die Bau- hilfsarbeiter eine solche von 7 Pfa. Ferner werden die Ueberstunden mit 7 Pfa., Nachtarbeit mit 15 Pfa. und Sonn- und Feiertagsarbeit mit 12 Pfennig pro Stunde Aufschlag vergütet. Bei Ar- beiten über Land, soweit diese 6 Kilometer und weiter entfernt liegen, wird ein Aufschlag von 5 Pfa. pro Stunde gezahlt. Neben diesem Auf- schlag wird eine Laufzeit für den Montag und Sonnabend bis zu zwei Stunden nebst freier Eisenbahnfahrt 4. Klasse vergütet. Für Orte, die mittels Wadensorte bis dahin zu erreichen sind, wird dieses Bahngeld gleichfalls bezahlt. Endlich ist noch eine Schlichtungskommission zur Beilegung von Differenzen ernannt worden.

Wenn trotz dieser erheblichen Errungenschaften die „Genossen“ auf unsern Gewerbeverein der Bau- handwerker schimpfen, weil derselbe den Tarifver- trag selbständig abgeschlossen hat, so müssen wohl besondere Gründe vorliegen, auf die wir etwas näher eingehen wollen. Unser Gewerbeverein ist in den letzten Jahren in Hinterverkommen sehr gut vorwärts gekommen, was dem „freien“ Bauarbei- terverbände sehr unangenehm ist. Mit Flugblättern und Brochüren hat dieser gegen den Gewerbeverein gearbeitet und mit Unwahrheiten und Verleum- dungen nicht gespart. Unter unsern Kollegen machte sich infolgedessen eine starke Erbitterung geltend, die ihren Höhepunkt erreichte, als der Be- amte Schauer vom Bauarbeiterverbände öffentlich behauptete, der Gewerbeverein bereite den Bau- arbeitern des östlichen Pommern nur Schwierig- keiten. Wegen dieser in einem Flugblatt verbreitete Verleumdung haben unsere Kollegen den Be- schluß gefaßt, jedes gemeinsame Vorgehen mit dem Bauarbeiterverbände abzulehnen, solange Schauer seine Beleidigungen nicht zurücknimmt. Als die Bewegung in Stolp begann, ist dies auch dem Bau- arbeiterverbände mitgeteilt worden. Da Herr Schauer seine Beleidigung nicht zurücknahm, sind unsere Kollegen in Stolp allein vorgegangen, wozu sie übrigens auch schon deshalb berechtigt waren, weil die „Genossen“ an allen andern Orten, wo wir an den Verhandlungen teilnehmen wollten, gegen unsere Zulassung protestierten.

So lag die Verhältnisse in Stolp, und da die von unserm Ortsverein errungenen Erfolge nicht abgelehnt werden können, wird gebräufig die Gewerbevereine geschimpft. Wollen sich doch die „Genossen“ mit viel geringeren Zugeständnissen zufrieden geben. Während der Gewerbeverein für gelernte Arbeiter 4 Pfa., für Hilfsarbeiter 7 Pfa. Lohnzulage erhält, fordern die „Genossen“ für ge- lerne Arbeiter 5 und für ungelernete 6 Pfa. Lohn- erhöhung. Auf alle sonstigen Verbesserungen wird verzichtet. Warum denn so beiseiden? Da soll- ten doch die „Genossen“ ruhig den von dem Gewer- berein erzielten Tarif annehmen. Aber das will man nicht, man könnte ja dann nicht mehr auf uns schimpfen. Im übrigen haben diese Vorgänge in Stolp den beteiligten Bauarbeitern selbst deutlich gezeigt, wo ihre Interessen am wirksamsten ver- treten werden.

Inser Gewerdberein der Schneider hat einen seiner besten Vorkämpfer durch den Tod verloren. Am 13. April starb infolge eines Schlaganfalls im Alter von 53 Jahren der Kollege

Gottlieb Hausch,

der Vorsitzende des Ortsvereins der Schneider in Königsberg a. Pr. Während seiner 35jährigen Mitgliedschaft hat er stets mit in vorderster Reihe für die Entwidlung der Organikation gekämpft und sich insbesondere bei Lohnbewegungen mit warmem Eifer der Interessen seiner Kollegen angenommen. Seine oftverühlichen Kollegen drückten ihm auch ihr Vertrauen aus, indem sie ihn mit ihrer Vertretung auf den Delegiertentagen der letzten fünfzehn Jahre beauftragten. Seit etwa 10 Jahren bekleidete er auch das Amt eines auswärtigen Hauptvorstandsmittels. Auch über seinen engeren Beruf hinaus hat der Bestrebene es verstanden, sich die Sympathien der Gewerdbereiner zu erwerben, jedoch sein Tod in Königsberg i. Pr. eine tiefe Lücke reißt.

Arbeiterbewegung. Auf der Grube Kostenbach im Saargebiet haben etwa 650 Bergleute durch den Arbeiterausschuss zum 2. Mai gekündigt. Die Verwaltung will die Kündigung nicht als rechtsverbindlich ansehen und erklärt, daß alle diejenigen Arbeiter, die ohne weitere ordnungsmäßige Kündigung an dem genannten Termin die Arbeit niederlegen, die Folgen zu tragen hätten. — In der Vinenschiffahrt nimmt der Streik seinen Fortgang. Der Arbeitgeberverband hat in seiner kürzlich stattgehabten Versammlung eine Resolution angenommen, die durch die gesamte Presse verbreitet und in der erklärt wird, daß er die Ende Januar gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten will, wenn die Arbeiterorganisationen sich innerhalb drei Tage zur Annahme bereit erklären. Außerdem will der Arbeitgeberverband über eine Vereinbarung auf der Grundlage jener Vorschläge mit auf drei Jahre geänderter Bindung in Verhandlungen eintreten. — In Chemnitz sind die Landwirtschaftsgärtner und Gärtnerarbeiter in den Ausstand getreten, weil die Arbeitgeber es nicht der Mühe für wert gehalten haben, auf den eingereichten Tarif zu antworten. — In Oberschlesien ist nunmehr der von der polnischen Berufsvereinigung initiierte Streik der Bergarbeiter zum Ausbruch gekommen. 5.000 Mann, das wären also nahezu die Hälfte der Belegschaften, sollen an dem Ausstande beteiligt sein. Wenn die Mitteilungen des Streikkomitees zutreffen, so ist ihre Zahl noch größer. Das technische Personal arbeitet noch vollständig; es wird aber damit gerednet, daß es ebenfalls in den Streik tritt. Aus der Umgebung sind zahlreiche Gendarmen in das Streikgebiet beordert worden, um für Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen, obgleich bisher keinerlei Störungen vorgekommen sind.

In Piume sind sämtliche Hafnarbeiter ausgesperrt worden, weil ein kleiner Teil von ihnen die Arbeit eingestellt hat.

Die Gegner des Koalitionsrechts der Arbeiter haben sich neuerdings darauf versteift, da ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens zur Zeit doch nicht durchgesetzt werden kann, eine strengere Handhabung der Gezehe und ein schneidigeres Vorgehen der Behörden gegen die Streikenden zu fordern. Wie überflüssig ein solches Verlangen ist, das zeigt deutlich eine Statistik, die der Bergarbeiterverband über die Verurteilungen während des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier aufgestellt hat. Danach erhielten von dieser Organisation nicht weniger als 1380 Personen Rechtschutz in Streiktagen.

Der Ausgang dieser Streikprozesse ist bekannt in 1206 Fällen, unbekannt in 174 Fällen. In den bezüglich ihres Ausgangs bekannten Fällen sind 299 Männer und 84 Frauen zu Gefängnisstrafen und 274 Männer und 148 Frauen zu Geldstrafen verurteilt worden. 280 Männer und 92 Frauen mußten freigesprochen und in 29 Fällen mußte das Verfahren eingestellt werden. Es wurden verhängt an Gefängnisstrafen an Männer insgesamt 28 Jahre, 8 Monate und 2 Wochen. Über Frauen 2 Jahre, 8 Monate, 2 Wochen und 4 Tage; zusammen 30 Jahre, 11 Monate, 4 Wochen und 4 Tage. Geldstrafen wurden verhängt über Männer 10 801 Mark, über Frauen 5744 Mark, zusammen 16 545 Mark. In einzelnen betrug die Gefängnisstrafen: bei Männern mehr als

ein Jahr in 4 Fällen, mehr als einen Monat in 70 Fällen, mehr als eine Woche in 177 Fällen und weniger als eine Woche in 48 Fällen. Bei Frauen: mehr als einen Monat in 5, mehr als eine Woche in 54, weniger als eine Woche in 25 Fällen. Die durchschnittliche Höhe der Geldstrafen betrug bei Männern 38,60, bei Frauen 38,50 Mark. Die durchschnittliche Höhe dieser Geldstrafen läßt erkennen, daß unermäßig hohe Geldstrafen verhängt worden sind. Einzelne Strafen gehen hinauf zu 150 Mark, und wofür? Für ein „Fruil“ oder für den Ruf „Streikbrecher!“. Auf die 1206 Fälle, bei denen der Ausgang des Prozesses bekannt ist, entfallen 372 Freisprechungen. In 29 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, das sind insgesamt 401 Fälle oder 32 Prozent, also fast ein Drittel aller Fälle.

Diese Zahlen bleiben hinter der Wirklichkeit weit zurück, da auch andere Organisationen „Streikfänger“ aufzuweisen haben, die in obige Statistik nicht mit aufgenommen sind. Bezeichnend ist die große Zahl der Freisprechungen. Das ist nicht etwa ein Beweis für die Milde der Richter, sondern für das „energievolle“ Vorgehen der Polizeibehörden. Denn von Milde kann angesichts der hohen Strafen, die verhängt sind, nicht wohl die Rede sein. Deshalb ist der Beweis erbracht, daß die Forderungen der Schafmacher auf Verschärfung der geltenden Gesetzesbestimmungen oder strengere Handhabung derselben gegen die Streikenden durchaus unangebracht sind.

Städte und Grundwertsteuer. Preußen zählt heute 121 Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern. Von diesen haben bisher die Steuer nach dem gemeinen Wert eingeführt:

- | | |
|-------------------|------------------------|
| 1. Aachen | 30. Gerne |
| 2. Alenhein | 31. Sildesheim |
| 3. Barmen | 32. Zisterburg |
| 4. Berlin | 33. Ratowitz |
| 5. Bochum | 34. Kriell |
| 6. Bonn | 35. Königsberg i. Pr. |
| 7. Breslau | 36. Berlin-Lichtenberg |
| 8. Charlottenburg | 37. Ridenicheld |
| 9. Coblenz | 38. Magdeburg |
| 10. Köln | 39. Mülheim a. Rh. |
| 11. Erfeld | 40. Mülheim a. Ruhr |
| 12. Danzig | 41. M.-Gladbach |
| 13. Dortmund | 42. Münster i. W. |
| 14. Düsseldorf | 43. Neuminster |
| 15. Duisburg | 44. Neuföln |
| 16. Elberfeld | 45. Oberhausen |
| 17. Erfurt | 46. Potsdam |
| 18. Essen a. Ruhr | 47. Necklinghausen |
| 19. Flensburg | 48. Remscheid |
| 20. Forst | 49. Reudt |
| 21. Gelsenkirchen | 50. Saarbrücken |
| 22. Göttingen | 51. Berlin-Schöneberg |
| 23. Solingen | 52. Schweidnitz |
| 24. Graubenz | 53. Solingen |
| 25. Guben | 54. Spandau |
| 26. Sagen i. W. | 55. Stettin |
| 27. Salberstadt | 56. Stralund |
| 28. Samborn | 57. Wiesbaden |
| 29. Sauer | 58. Berlin-Wilmersdorf |

Nicht eine einzige preußische Stadt, die die Steuer nach dem gemeinen Wert in der Praxis erprobt hat, hat diesen Maßstab wieder verlassen, und nun sind plötzlich Bestrebungen im Gange, die im Interesse von ein paar gewerbmäßigen Terrainspekulanten sie dazu zwingen wollen. Soffentlich scheitern diese Pläne!

Die Veranstaltung von Lichtbildervorträgen und Kinovorführungen unter Verwendung von beleuchtenden und guten unterhaltenden Diapositiven und Films nimmt in Schulen und Volksbildungsvereinen einen immer größeren Umfang an. Eine Fülle anschaulichen Wissens, insbesondere aus der Länder- und Völkerverkunde, der Naturwissenschaft und Technik wird auf diesem Wege in die Bevölkerung getragen, und die Wiedergabe hervorragender Werke der bildenden Kunst erzieht zum Verständnis künstlerischen Schaffens. Um die Arbeiten der Schulen und Vereine auf diesem Gebiete zu fördern, hat die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, die seit vielen Jahren ihre großen Lichtbilderveranstaltungen, Apparate, Films und Wandertinos in den Dienst dieser Arbeit stellt, einen Katalog für die Anschaffung von Lichtbildapparaten herausgegeben, der auch eine ausführliche Anleitung für den Gebrauch der Apparate und Lichtquellen enthält. Der Katalog wird allen Schulen und gemeinnützigen Vereinen, die Lichtbild- und Kinovorführungen veranstalten, von der Geschäftsstelle H. B. 52, Lüneburger Straße 21, kostenfrei zugestellt.

Der Generalstreik in Belgien weist keinerlei Veränderungen auf. Die Zahl der Streikenden hat wohl noch etwas zugenommen und dürfte 400 000 überschreiten. Das gesamte Geschäftsleben liegt schwer darnieder. Auch im Hafen von Antwerpen stockt der Verkehr fast völlig, und ungeheure Verluste erleidet täglich der nationale Wohlstand. Immer neue Arbeiterkategorien schließen sich den Kämpfenden an, teils freiwillig, teils auch gezwungen, weil es an Kohle fehlt. Der für Ende der Woche geplante Streik der Seher ist nicht in die Tat umgesetzt worden. Man hatte damit gerechnet, daß die Zeitungen zu erscheinen aufhören würden. Indessen nur bei einem sozialistischen Blatt ist der Streikbeschluss durchgeführt worden, und man trägt sich mit dem Gedanken, ihn wieder aufzugeben, weil auch die übrigen Zeitungen erscheinen.

Trotz der gewaltigen Erregung, die in ganz Belgien herrscht, beobachten die Streikenden eine musterhafte Ordnung. Ausschreitungen irgend welcher Art sind verhältnismäßig ganz selten vorgekommen. Das Parlament, in dem der Streik naturgemäß wiederholt zur Verhandlung gekommen ist, hat keinen entscheidenden Schritt getan, sondern sich nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte einfach vertagt. Vieles macht sich schon Rot im Rande bemerkbar. Soffentlich hat die Regierung ein Einsehen und läßt es nicht erst zum äußersten kommen!

Aus der Genossenschaftsbewegung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist man gegenwärtig damit beschäftigt, einen Verband aller echten genossenschaftlichen Organisationen zu gründen. Die Vorarbeiten beganen bereits im Oktober 1911 in einer Versammlung von Genossenschaftlern, die in Minneapolis stattfand und ein Komitee zur Erledigung der notwendigen Arbeiten einsetzte. Im Januar dieses Jahres hat nun das Komitee in einer fünfjährigen Sitzung in Washington einen Statutenentwurf für den projektierten nationalen Genossenschaftsverband ausgearbeitet, der den Namen „American Co-operative Federation“ tragen soll. Der Bund soll alle Arten von Genossenschaften umfassen und deshalb in verschiedene Sektionen eingeteilt werden. Es sind Abteilungen in Aussicht genommen für Kreditwesen, Konsumvereinswesen, Versicherungswesen, Telefonwesen, Viehzucht, Absatz und Produktion sowie für die Ausführung von Revisionen und für genossenschaftliche Bildungsbestrebungen. Die Versicherungsabteilung soll wieder in Feuerversicherung, Lebensversicherung, Erntevericherung, Unfallversicherung und Haftpflicht gegliedert werden. In der Abteilung für genossenschaftlichen Absatz sollen Unterabteilungen für Milch und Geflügel, Schlachtvieh, Früchte, Gemüse, Getreide usw. geschaffen werden. Die Erziehungsabteilung soll sich mit der Ausbildung von Geschäftsführern, Buchhaltern, Rechnungsrevisoren usw. befassen. Der Bund soll nur solche Genossenschaften aufnehmen, in welchen der Ueberßuß entweder nach Maßgabe des Bezugs oder der geleisteten Dienste verteilt wird, dagegen darf er nicht dem Kapital zufallen, welches vielmehr nur einen im voraus bestimmten Zins erhalten darf. Ferner dürfen die Genossenschaften die Zahl der Mitglieder nicht beschränken und jedem Mitgliede nicht mehr als eine Stimme geben. Jede dem Bunde beigetretene Genossenschaft soll sich durch einen Delegierten vertreten lassen, sofern sie weniger als 300 Mitglieder zählt. Für je weitere 300 Mitglieder oder einen Bruchteil davon soll ein weiterer Vertreter gewählt werden. Das vorbereitende Komitee fordert die Genossenschaften auf, Beiträge zu den Kosten zu leisten, welche bisher erwachsen sind und in Zukunft noch entstehen.

In Kalifornien scheint sich das Konsumvereinswesen jetzt gut zu entwickeln. Die „California Rochdale Company“ hat bisher zehn Lokale Genossenschaften übernommen und verwaltet sie einheitlich. Der Monatsumsatz dieser zehn Zweiggeschäfte beträgt etwa 130 000 Mk. Auch die für die kalifornischen Konsumvereine bestehende Groß-einkaufsgesellschaft kann über eine aufsteigende Entwicklung berichten. So stieg der Umsatz im November 1912 gegenüber dem November des Vorjahres von rund 100 000 Mk. auf rund 125 000 Mk.

Gewerdbereins-Zeil.

Insterburg. In einer öffentlichen Gewerdbereinsversammlung, die vom Vorsitzenden des Ortsvereins der Maschinenbauer, Kollegen Zimmerer, geleitet wurde, sprach am Montag, den 14. April, der Kollege Traberl-Berlin über „Die Gewerdbereins-

